

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Weihnachtszeit, Jahreswechsel, persönliche und politische Bilanzen. Nüchtern fallen sie aus, für Euphorie wirklich kein Grund.

Die Stiftungsinitiative der Deutschen Wirtschaft schuldet den Überlebenden der NS-Zwangsarbeit Ende 2001 noch immer einige hundert Millionen DM.

Im einzelnen:

Mindestens einhundert Millionen DM nicht korrekt abgeführte Zinsgewinne. Die in den USA verklagten Großunternehmen verwenden diese Zinsen lieber zur Reduzierung des eigenen Stiftungsbeitrages.

Über 100 Millionen DM wurden verspekuliert, als der Stiftungsvorstand, beraten von Deutscher, Dresdner und Commerzbank über 10% der liquiden Mittel ausgerechnet in die polnische Weichwährung „Zloty“ umtauscht. Nicht ohne den genannten Banken, für Rat und Umtausch eine Provision von fast vier Millionen DM zu bezahlen.

Sieben Millionen DM haben Unternehmen direkt bei der Bundesstiftung eingezahlt. Vielleicht hatten sie ja gute Gründe ihr Geld nicht bei der Stiftungsinitiative der Wirtschaft und deren Rechtssicherheitsfanatikern Gentz und Gibowski abzuliefern. Genützt hat es nichts.

Der Vorstand der Bundesstiftung, an Mehreinnahmen wohl nicht interessiert, meldet diese Zahlungen der Wirtschaftsinitiative und schon sind die sieben direkt gezahlten Millionen von deren Beitrag abgezogen.

Lothar Evers

Fortsetzung Seite 2



Fotos: Thomas Frey

Regina Suderland vor den ehemaligen „Israelitischen Heil- und Pflegeanstalten“ in Bendorf-Sayn.

Insel im Irrsinn

Die Geschichte von Regina Suderland mitten im Nazi-Deutschland

Regina Suderland ist eine der ersten Mandantinnen und auch Mitglied des Bundesverbandes Information und Beratung für NS-Verfolgte. Seit 1991 ist sie Mitglied des Vorstands, seit Mai 2000 erste Vorsitzende des Bundesverbandes.

Sie kam 1941 mit ihrer Familie. Ein junges Ding, voller Neugierde auf die Welt. Eher aus Verlegenheit wurde Regina Suderland Hilfsschwester in der damaligen Nervenklinik in Bendorf-Sayn. Eine vergessene Enklave der Humanität für jüdische Geistesranke – mitten im wahnsinnigen Nazi-Deutschland.

Anfangs fürchtet sie sich ein wenig vor den entrückt wirkenden Männern und Frauen, die in den Fluren oder im Park ihre stillen Kreise ziehen, der Vater, Oberpfleger Benno Hermanns, macht der angehenden Hilfsschwester Mut: „Tu einfach so, als seien sie ganz normal.“

60 Jahre ist das jetzt her. Wenn Regina Suderland die Augen schließt, sieht sie die Szene vor sich, als wäre sie gestern passiert. Klein und zierlich steht die heute 75-Jährige im bunt verglasten Wintergarten der ehemaligen „Israeliti-

schen Heil- und Pflegeanstalten“ und blättert in den Bildern ihrer Erinnerung. „Es gibt Zeiten“, sagt sie, „da ist eine Menge Irrsinn ganz normal.“

Normal ist es im nationalsozialistischen Deutschland zum Beispiel, dass plötzlich alle noch lebenden jüdischen Geisteskranken nach Bendorf-Sayn in die damals größte deutsche Nervenklinik verlegt werden. Normal ist auch, dass sie dort nur von Juden betreut werden dürfen und dass die Gestapo ihnen erst Geld und Schmuck, später auch Kleider und Möbel abnimmt. Und irgendwann ist es auch normal, dass Patienten samt Pfleger zum Bahnhof gebracht, in einen Zug gepfercht und nach Polen deportiert werden.

Weiter S. 2

Für die Opfer bedeutet solche Stifterwillkür vor allem eines: *Warten*.

Warten, über Jahre, das kostet vor allem eines: Nerven. Das fordert: Geduld und lässt nicht wenige Überlebende zurück in fassungsloser Wut. Wut, weil sie genau wissen, was sie mit den ihnen versprochenen 5.000 oder 15.000 DM verändern könnten.

Wie die beiden achtzigjährigen Zwangsarbeiterinnen in St. Petersburg: endlich die seit Monaten zerstörte Wasserleitung reparieren, nicht länger bei Wind und Wetter das Wasser über Kilometer herbei schleppen müssen. Oder wie jene Auschwitzüberlebende vor einigen Wochen in Zürich: endlich in Kur fahren, ausruhen von den Mühen des Alltags auf zwei Krücken.

Wer die Dinge des täglichen Überlebens organisiert hat, für den mögen ein, zwei Jahre des Wartens eine überschaubare Zeit sein. In Not und Bedrängnis ist jeder Tag des Wartens ein Tag zuviel.

Wir teilen mit Ihnen diese Wut. Und so fällt es mir nicht leicht, Ihnen nachträglich ein schönes neues Jahr 5762 zu wünschen oder frohe Weihnachten und einen guten Jahreswechsel. Ich wünsche Ihnen und uns daher Kraft und Vertrauen in die eigene Stärke.

Herzliche Grüße

IHR LOTHAR EVERS

- Impressum
- Herausgeber:
- Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte
- Holweider Str. 13-15, 51065 Köln
- Tel. 0221-61 20 41, Fax 0221-9 62 44 57
- www.nsberatung.de
- info@nsberatung.de
- Redaktion: Alexander Goeb,
- Lothar Evers, Andreas Plake,
- Matthias Reinert, Sonja Schlegel,
- Michael Teupen.
- Auflage: 2000 Stück im Dezember 2001
- Verlag: GNN-Verlag mbH



Von den 850 Menschen, die in der Anstalt gelebt und gearbeitet haben, gehört Regina Suderland zu den wenigen Überlebenden. Das Gebäude gehört heute einer Kölner Trägergesellschaft. Zurzeit steht es leer.

Bevor die „Endlösung“ seine Patienten erreicht, versucht Chefarzt Wilhelm Rosenau, ihnen ein Leben in Würde zu ermöglichen. Tatsächlich spazieren die „Friedlichen“, die sich frei bewegen dürfen, unbeschwert zwischen Billard-Salon, Musikzimmer und Synagogenraum herum. Sogar koschere Kost gibt es. Zur Straße hin ist der Park diskret, aber sicher durch Mauern und ein schweres schmiedeeisernes Tor gesichert. Eine Enklave der Geborgenheit mitten im Krieg. „Das war das oberste Gebot“, erinnert sich Regina Suderland, „die Patienten sollten nicht wissen, was draußen passiert.“

Einer der „Friedlichen“ ist Hans Davidsohn. Regina Suderland sieht den klein gewachsenen Mann, den ihr Vater nur „den Dichter“ nennt, gelegentlich im Park. „Er ging auf dem Rasen herum, und dann redete er immer so in die Erde hinein.“ Die Ärzte vermuten, dass er sich mit Gestalten aus der Unterwelt unterhält. Später liest Regina Suderland, dass der Kranke mit Käfern sprach. „Die hat er sehr verehrt.“ Hans Davidsohns Familie emigrierte 1933 nach Israel. Seine Neffen und Nichten haben die Gedichte, die er unter dem Namen Jakob van Hoddiss publizierte, nie gelesen. Die Sprache seiner Gedichte war die Sprache seiner Mörder.

Regina Suderlands Vater ist Jude. Anders als viele andere Osnabrücker Juden flieht er nicht ins Exil, sondern zieht 1941 mit seiner Familie nach Bendorf-Sayn, um in der Nervenklinik als Oberpfleger zu arbeiten. Seine Frau, eine so genannte Arierin, hofft, ihn und die Tochter Regina durch ihre nichtjüdische Herkunft zu retten. Regina Suderland fängt als Hilfsschwester in der Anstalt an, weil draußen kein Arier eine Halbjüdin einstellen will. Die 25-Jährige gewöhnt sich allmählich an „viele Wunderlichkeiten“. Nur die Schreie der eingesperrten Schwerstgestörten verfolgen sie bis in den Schlaf. Tag für Tag muss sie an einer ummauerten Unterkunft für Männer vorbei. Ihre verzweifelten Rufe schneiden der jungen Frau „mitten ins Herz“. Der Vater warnt sie davor, den Patienten zu nahe zu kommen. Was die Männer bei ihrem Anblick so wild macht, sagt er ihr allerdings nicht. „Aber ich wusste es auch so“, sagt sie heute. Die Stimmung unter den jüdischen Ärzten, Schwestern und Pflegern schwankt zwischen Angst und verzweifelter Lebenslust. Viele ahnen, was sie erwartet, andere klammern sich an die Hoffnung, „nur“ ins Arbeitslager gesteckt zu werden. „Die Frauen ließen sich Geld in den BH nähen“, erinnert sich Regina Suderland. Weil sie als Halbjüdin das Anstaltsgelände verlassen darf, bringt sie heimlich Pelzmäntel von Patienten nach Köln, um sie als Futter in gewöhnliche Mäntel einnähen zu lassen – „damit die was Warmes haben, wenn sie deportiert werden“. Ein Pfleger wählt mit seiner

Freundin den Freitod, als er erfährt, was in Polen tatsächlich mit den Juden geschieht: „Uns kriegen die nicht“, sagt er noch zu Regina Suderland. Das Liebespaar nimmt Morphium.

„Wir haben immer gehofft, es würde einmal jemand kommen und sich an Ort und Stelle ein Bild machen von dem, was hier vor sich ging. Wir haben aber eingesehen, dass unser Leiden und das unserer Schützlinge nur ein ganz kleiner Ausschnitt aus dem Riesenleid ist“, schreibt Chefarzt Wilhelm Rosenau nach Kriegsende. Er und Benno Hermanns müssen die Transportlisten für die Deportationen zusammenstellen. Regina Suderlands Vater leidet sehr darunter. Mehrmals sieht ihn die Tochter weinend in der Küche sitzen. Er war 1938 im KZ Oranienburg als Zwangsarbeiter beim Bau von Krematorien dabei und macht sich keine Illusionen. „Irgendwann“, sagt er zu seiner Familie, „sind auch wir dran.“

Regina Suderland sucht und findet eine Aufgabe in der Anstalt: ein körperlich und geistig behindertes Mädchen, das mutterseelenallein in einer kahlen Kammer vor sich hindämmert. „Das Kind rollte auf einer abwaschbaren Matratze herum, sprach nicht, aber hörte zu.“ Wenn es gewaschen und gefüttert wurde, lächelte das Mädchen dankbar.

Regina Suderland überlebte. Als kein Mensch mehr die Anstalt bewohnt, als sämtliche Patienten und das Personal „ausgewandert“ sind, wie es in einem Protokoll der Gestapo Koblenz heißt, lebt die junge Frau mit ihrer und der Familie des Chefarztes Wilhelm Rosenau weiter in den nun leeren Zimmern. Die Betten müssen immer frisch bezogen

sein für den Fall, dass das Koblenzer Krankenhaus Kemperhof durch Bomben zerstört wird. Der von den Nationalsozialisten eingesetzte Betriebsleiter heißt Paul Kochannek. Regina Suderland nennt ihn gern „unseren kleinen Oskar Schindler“. Kochannek schreit auf der Straße besonders laut „Heil Hitler“, doch als die Klinik zum Ausweichquartier für kranke Arier wird, rettet er Benno Hermanns und Wilhelm Rosenau das Leben. Er brauche die beiden Juden, um das Gebäude in Schuss zu halten, erklärt er der Gestapo. So geistern Chefarzt und Oberpfleger bis Kriegsende als Wächter über die verwaisten Flure. Regina Suderland ist keine Hilfsschwester mehr, sondern Putzfrau.

All das ist lange her. Wenn Regina Suderland die Augen schließt, sind die Bilder aber wieder da. Die 75-Jährige lebt in Koblenz. Sie hat nach dem Krieg in der Krankenpflege gearbeitet und eigene Kinder großgezogen. Ihre Mutter starb 1946 nach einer Operation, der Vater sollte sich von diesem Schock nie mehr erholen. In ihren Träumen sieht ihn die Tochter mit wehenden Rockschößen und eiligen Trippelschritten durch die „Israelitische Heil- und Pflegeanstalt“ eilen. Seit vielen Jahren engagiert sie sich für die Opfer des Nationalsozialismus. Doch öffentlich in der eigenen Vergangenheit zu stochern – davor hat sich Regina Suderland lange gescheut. Jetzt tut sie es doch: „Ich muss einfach. Es gibt ja nicht mehr viele, die es noch können.“

KERSTIN STIEFEL

(RHEINZEITUNG, 27.10.01)

Nachdruck mit freundlicher Genehmigung der Rheinzeitung

Gedenkstätte für Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter

In Leipzig ist am 12. Dezember 2001 eine Gedenkstätte für ZwangsarbeiterInnen eröffnet worden. Sie befindet sich auf dem Gelände der Hugo Schneider AG (HASAG).

Diese war im Nationalsozialismus ein bedeutender Rüstungskonzern, der vor allem Panzerfäuste und Teile für V1 und V2 Raketen produzierte. In den Fabriken der HASAG mussten über achttausend Frauen und Männer Zwangsarbeit leisten. Die oft sehr gesundheitsschädlichen Stoffe, mit denen die ZwangsarbeiterInnen umgehen mussten, „zerfraßen die Leber und ließen die Haut gelb werden“, so die 75-Jährige Charlotte Zeitschel, deren Eltern beide bei der HASAG Zwangsarbeiter waren. Charlotte Zeitschel ist die Vorsitzende des für die Begleitausstellung verantwortlichen Fördervereins, der schon seit Jahren die Geschichte der Zwangsarbeit in der Region erforscht.

Es ist die erste Gedenkstätte, die sich ausschließlich mit Zwangsarbeit befasst. In ihr sind zu einem großen Teil die Geschichten einzelner ZwangsarbeiterInnen dokumentiert. Daneben werden in einer Ausstellung des Stadtarchivs mit dem Titel „Dem Ostarbeiter und Polen zu allerletzt – Fremd- und Zwangsarbeit im Raum Leipzig 1939 bis 1945“ die Verhältnisse, unter denen die ZwangsarbeiterInnen zu leiden hatten, dokumentiert.

31. Dezember 2001: Antragsschluss für Anträge auf Entschädigung für NS-Zwangsarbeit

Auch wenn Sie nicht sicher sind, ob Sie anspruchsberechtigt sind, stellen Sie auf jeden Fall einen Antrag! Sie brauchen dazu noch keine Nachweise. Es reicht sogar eine Postkarte wie Sie sie auf der letzten Seite dieser Zeitung finden.

Gerne sind wir Ihnen bei der Durchsetzung ihres Rechts behilflich.

Der durch das Gedicht „Weltende“ prominent gewordene Dichter

Jakob van Hoddis (Hans Davidsohn) hat von 1933 bis zu seiner Deportation 1942 als Patient in den „Israelitischen Heil- und Pflegeanstalten“ in Bendorf-Sayn gelebt. Ihm ist eine beeindruckende Ausstellung gewidmet, die bereits in Berlin und in Bendorf-Sayn gezeigt wurde.

Zu sehen ist die Ausstellung wieder

**vom 29. Juni bis 30. August 2002
im Stadtmuseum Tübingen**

Den Katalog „All meine Pfade rangen mit der Nacht“, herausgegeben von der Ausstellungsmacherin Irene Statenwerth, erhalten Sie im Buchhandel für 40 DM. Es sind nur noch wenige Exemplare vorhanden.

Medizin im Nationalsozialismus

Sven Eppinger

Das Schicksal der jüdischen Dermatologen Deutschlands in der Zeit des Nationalsozialismus

Mit einem Vorwort von Paul Spiegel

Der Hautarzt Sven Eppinger klärt in hier erstmals das Schicksal der jüdischen Kollegen dieser Zeit. Er beschreibt deren Bedeutung in Deutschland vor 1933 und den großen Einfluss, den sie auf die Entwicklung ihres Fachgebietes in den Emigrationsländern hatten. – »Ein Nachschlagewerk von unschätzbarem Wert« (DERMAforum)

Reihe Wissenschaft, Band 56

352 S. (32 Fotoseiten), 32, ISBN 3-933050-75-8

Horst Seithe, Frauke Hagemann

Das Deutsche Rote Kreuz im Dritten Reich (1933 – 1939)

Mit einem Abriss seiner Geschichte in der Weimarer Republik

»Das Buch ist all jenen, die sich in Hilfsorganisationen organisieren, zu empfehlen, um zu erkennen, wohin undemokratische Umgangsformen auch unter dem Banner der Barmherzigkeit führen können.« *Alternative Kommunalpolitik*

Reihe Wissenschaft, Band 9

2. Aufl. 2001, 280 S., 29, ISBN 3-925499-69-5

Brigitte Leuchtweis-Gerlach

Das Waldkrankenhaus Köppern (1901 – 1945)

Die Geschichte einer psychiatrischen Klinik

Reihe Wissenschaft, Band 40

2001, 216 Seiten, 32, ISBN 3-933050-57-X

Kirsten Tiedemann

Hebammen im Dritten Reich

Über die Standesorganisation für Hebammen und ihre Berufspolitik

Reihe Wissenschaft, Band 53

2001, 220 Seiten, zahlreiche Dokumente, 21, ISBN 3-933050-69-3

Jessika Hennig

Zwangssterilisation in Offenbach am Main 1934 – 1944

Anhand von Originalakten wird das Schicksal von Betroffenen aufgezeigt, die im Dritten Reich Opfer von Zwangssterilisationen wurden

Reihe Wissenschaft, Band 43

2000, 292 S., 26, ISBN 3-933050-39-1

Verlagsprogramm anfordern!

Mabuse-Verlag

Postfach 90 06 47

60446 Frankfurt a.M.

Tel.: 069 - 97 07 40 72

Fax: 069 - 70 41 52

www.mabuse-verlag.de



Aus dem Feuer gerissen. Die Geschichte des Pjotr Ruwinowitsch Rabzewitsch aus Pinsk.

von Werner Müller*

Gebundene Ausgabe - Dittrich-Vlg., Köln
Werner Müller verhilft mit diesem Buch Pjotr Rabzewitsch zu einer Stimme im deutschsprachigen Raum. Durch das Zusammentreffen des Geschicks und der Fähigkeiten des jungen Pjotr und Menschlichkeit auf Seiten der deutschen Besatzungsmacht gelingt das Täuschen der Vernichtungsmaschinerie. Pjotr Rabzewitsch überlebt die Vernichtung der dreißigtausend jüdischen Einwohner durch die Deutschen. Die Erzählung, die Werner Müller herausgibt, lässt Pjotr Rabzewitsch direkt zu Wort kommen. Sie ordnet den auf Veranstaltungen gesprochenen Text behutsam nach chronologischer Folge und erläutert Zusammenhänge und wichtige historische Hintergründe mit Fußnoten im Anhang. Der Bericht beginnt mit Aufzählungen der Familie und den Verwandten und zwingt den Leser zu erhöhter Aufmerksamkeit. Zunächst erscheint der Sinn dieses Anfangs unklar, die Fülle von Informationen über Menschen, die bis auf einen Bruder und eine Schwester, den Holocaust nicht überleben. Nach über 55 Jahren greift Pjotr Rabzewitsch zur deutschen Sprache, gelernt und versetzt mit dem gelesenen Jiddisch. Die einfachen, berichtenden Sätze könnten den Lesenden eine Vorstellung davon geben, wie aus grausamen, nahezu unvorstellbaren Tatsachen Menschlichkeit und Zivilcourage auch gegen übermächtig scheinende Herrschaft entwickelt werden kann.

* Werner Müller ist langjähriger Mitarbeiter des Maximilian-Kolbe-Werkes in Köln und durch diese Arbeit seit mehreren Jahren mit dem Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte verbunden.

Niemals verzweifeln. Sechzig Jahre für das jüdische Volk und die Menschenrechte.

von Gerhart M. Riegner

Gebundene Ausgabe - Bleicher Vlg., Gerl.
Im „Aufbau 18“ blickt Gerhart M. Riegner, geboren 1911, in einem kurzem Gespräch zu seinem 90. Geburtstag auf die wichtigsten Etappen seines Engage-

ments im Jüdischen Weltkongress zurück. Mit dem sogenannten Riegner-Telegramm wurden die Alliierten im August 42 erstmals über die „Endlösung“ der Judenfrage informiert. Gerhart Riegner machte die schmerzvolle Erfahrung, im sicheren Wissen vom Ausmaß der Shoa zu versuchen, die Welt aufzurütteln und weitgehend auf Gleichgültigkeit und Desinteresse zu stoßen. Dennoch gab er nicht auf und half, indem er die Flucht jüdischer Kinder in die Schweiz und nach Spanien unterstützte und versuchte, die Juden in Ungarn durch internationalen diplomatischen Druck zu schützen. Auch nach 1945 trat er für die Menschenrechte und die Minderheitenrechte der Juden beharrlich und auf kultivierte wie kreative Weise ein – wie kein Zweiter in Europa, so der Gesprächspartner für den „Aufbau“, Hanns Neuerbourg.

Die Deutsche Bank und die Arisierung, von Harold James

Der Autor fragt, in welchem Maße Antisemitismus und Profitstreben gültige Erklärungsmuster für das Verhalten der Bank und ihrer Manager sein können. Er zeichnet detailliert die Abwicklung einiger der größten „Arisierungsfälle“ nach und zeigt, mit welcher Radikalität diese Enteignungen vor allem nach 1937 in den besetzten Ländern (Österreich, Tschechoslowakei, Polen) vorgenommen wurden. Abschließend wird untersucht, in welchem Maße die Deutsche Bank von der „Arisierung“ profitierte und welche oft schillernde Rolle einzelne Persönlichkeiten der Bank in diesem Zusammenhang spielten. Das vorliegende Buch entstand im Rahmen von Diskussionen und Beratungen der Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte der Deutschen Bank in der NS-Zeit.

Die „Arisierung“, die wichtiger Bestandteil der nationalsozialistischen „Neuordnung“ der Wirtschaft nach 1933 war, zielte darauf ab, die Juden nach und nach vollständig aus dem deutschen Wirtschaftsleben auszuschalten und ihre Unternehmen bzw. Vermögenswerte in „arische“ Hände zu übertragen. Dabei kam den Banken eine zentrale Rolle zu.

100 Millionen DM weniger

Wie der Vorstand der Zwangsarbeiterstiftung mit Devisen spekulierte und warum die polnischen Überlebenden jetzt für die dabei entstandenen Schulden aufkommen sollen

Im Fenster der Wohnung gegenüber baumeln bereits vier Strohsterne. Ein säuselnder Musikschwall von Weihnachtliedern umgibt mich beim Einkaufen. Vorweihnachtszeit, Zeit für erbauliche Geschichten, die mir nicht so recht einfallen wollen. Vielleicht statt dessen eine aus der Kategorie Erzählung: Sagenhaft! Sagenhaft, wie ein teuer bezahlter Stiftungsvorstand, beraten durch Deutschlands führende Banken, über 100 Millionen DM Stiftungsgelder verzockt. Und das nicht eine der beteiligten Personen ihren Posten verliert oder auch nur eine Abmahnung kassiert.

Doch der Reihe nach: Kämen Sie auf die Idee, Ihr sauer Ersparnes in Rubel, Zloty oder Yen anzulegen? Wohl kaum! Einige von Ihnen wissen, der Autor sitzt als einer von 27 Kuratoren für die deutschen Verfolgtenverbände im Aufsichtsgremium der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“. Eine der wichtigsten Aufgaben dieses Gremiums ist die Verabschiedung des Haushaltes. Aus gutem Grund ist der zwar umfangreich, aber er enthält ausschließlich DM-Beträge. Währungsspekulation ist ausgeschlossen. Es gilt für jede Firma, es gilt für jeden Kaninchenzüchterverein: Vorstände sind an die Beschlüsse der Mitgliederversammlung und anderer Aufsichtsgremien gebunden. Wer mit den Vereinsmitteln spekuliert, ist schadensersatzpflichtig. Der Verein, in dessen Aufsichtsgremium es mich gespült hat, ist nun aber ein ganz besonderes Wesen: eine Stiftung eben. Je zur Hälfte getragen von Bund und deutscher Wirtschaft. In diesem Fall beschließt der Vorstand unter höchster Geheimhaltung 1.325 Milliarden Deutsche Mark, immerhin über 13 Prozent der Stiftungsmittel in Zloty umzutauschen. Warum über eine solche Kleinigkeit die Aufsichtsgremien informieren, hat man doch im eigenen Personal hervorragende Bankmanager wie den leitenden Angestellten der Deutschen Bank Berlin, Jan Dreher. Da Herr Dre-

her als Bankmanager natürlich mit den – eigentlich fürstlichen – Gehältern einer Bundesstiftung nicht auskommen kann, steht er während seiner Stiftungstätigkeit zusätzlich auf der Lohnliste der Deutschen Bank. Das findet der Vorstand ganz normal. Interessenkollision? Eine böswillige Unterstellung! Und hast Du nicht gesehen:

Schon liegen in drei Tagen drei Empfehlungsschreiben der deutschen Großbanken Deutsche Bank, Dresdner Bank und Commerzbank auf dem Tisch: Umtausch von DM in Zloty finde ich prima! Risiko gibt es nicht! Schade nur, dass gerade zur gleichen Zeit im Internet die Analyseabteilungen der gleichen Banken etwas ganz Anderes verbreiten: Vorsicht Spekulation in Zloty. Zloty überbewertet. Absturzgefahr!

Die Empfehlung mag damit zusammenhängen, dass man, eingefädelt von Bankmitarbeiter Dreher, ein dickes Geschäft erwartet. Mit einem eigenen Perspektivmitarbeiter in der Stiftung kann man nämlich die Konkurrenz ausschalten. Warum Gegenangebote einholen, wenn man die Bank im eigenen Hause hat. Warum Ausschreibungen durchführen, wenn doch alles so schnell gehen kann. Und schnell geht es dann wirklich. Zwischen dem 7. und dem 12. Juni 2001 liefert die Deutsche Bank Zloty. Dafür haben Vorstand und Jan Dreher hier eine vorzügliche Umtauschprovision und zusätzlich, weil das Ganze ja so anstrengend und risikoreich ist, eine Risikomarge eingeräumt. Allein an diesen beiden Margen lassen sich in drei Tagen fast vier Millionen Mark verdienen. Nicht schlecht, aber vielleicht immer noch Peanuts. Deswegen räumt man den Banken die Margen auch dann ein, wenn sie seit Jahren auf den gelieferten Zloty hocken und es so gar nichts zu tauschen gibt.

Ob die Angaben im Abrechnungsschreiben der Deutschen Bank, am 7. Juni habe man 391.166.000,- DM, am

Neuborne-Klage

Der Vertreter der US-Anwälte im Kuratorium der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, Prof. Burt Neuborne, hat eine Klage gegen die 18 Gründungsmitglieder der Stiftungsinitiative der Stiftung eingereicht, allerdings mit der Auflage, dass ihr zunächst nicht nachgegangen wird, sondern Sie in der Schwebe gehalten wird. Den Unternehmen wirft er darin vor, dass sie als Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft nur 100 Millionen DM Zinsen an die Bundesstiftung überwiesen haben. Im Gesetz ist dagegen von mindestens 100 Millionen Mark die Rede. Da die Stiftungsinitiative die Überweisung ihres Anteils immer weiter verzögert hat, wären wesentlich mehr Zinsen fällig. Auch wegen verspäteter Einzahlungen schuldet die Stiftungsinitiative der Bundesstiftung insgesamt noch über 250 Millionen DM.

Ein weiterer Streitpunkt ist der Umgang mit sogenannten Zustiftungen, also Zahlungen von Firmen an die Bundesstiftung. Diese werden von der Stiftungsinitiative ganz selbstverständlich auf ihren Anteil angerechnet und verringern somit deren Zahlungsverpflichtung. Im Stiftungsgesetz sind aber so genannte „Zu“-Stiftungen sehr wohl vorgesehen, die weder auf den Anteil des Staates noch auf den der Wirtschaft angerechnet werden und somit zu den 10 Milliarden Stiftungskapital addiert werden müssen. Dieses von der Wirtschaft vereinnahmte Geld fordert Neuborne in seiner Klage für die Stiftung zurück.

Neuborne will von der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft außerdem den Nachweis, dass die Allianz ihren bisher zurückgehaltenen Anteil von 130 Millionen DM eingezahlt hat. Die Allianz hält dieses Geld bisher zurück, weil sie damit eigene Auslagen refinanzieren will.

8. Juni 410.724.300,- DM und am 12. Juni 523.134.700,- DM umgetauscht, nun stimmen oder nicht, ist bis heute geheim. Alle Beteiligten weigern sich standhaft, das reale Umtauschgeschäft mit Belegen nachzuweisen. Wenn ich aber insgesamt 1.325 Milliarden DM umtauschen muss am Donnerstag den 7. und am Freitag den 8., aber erst 60,52 Prozent gewechselt habe, warum üben sich unsere Bankmanager am Montag dem 11. Juni in Nichtstun? An diesem Tag wird nämlich nicht eine einzige Mark in Zloty getauscht, dafür am folgenden Dienstag, den 12. Juni, der Löwenanteil von 523.134.700,- DM. Bestimmt ist es purer Zufall, dass von Montag auf Dienstag der Zloty-Kurs seinen historischen Höchststand erreicht und man deshalb wenig Zloty für das DM-Vermögen liefern muss bzw. die eigenen Zloty-Bestände zum historischen Höchstkurs losschlagen kann. Zufall? Konspiration? Jedenfalls beendet die Deutsche Bank das harte Umtauschgeschäft am 12. Juni. Damit stellt sich die Frage. Wie sollen hier eigentlich Commerzbank und Dredner Bank noch Geld verdienen?

Das macht man unter Stiftern so: Drei Tage später verkauft die Deutsche Bank an Dresdner und Commerzbank je ein Drittel der erworbenen Zloty und verzichtet dabei auf die sauer verdiente Umtauschmarge. Das freut Dresdner Bank und Commerzbank. Stunden, nachdem die Zloty auf ihren Konten verbucht sind, werden diese um die Umtauschmarge verteuert und unter Gewinn von einigen hunderttausend Mark an die Stiftung transferiert. Und all das wagt man frech, ins Abrechnungsschreiben an den Stiftungsvorstand und den eigenen Angestellten Dreher hineinzuschreiben. Die werden das schon nicht beanstanden. Warum auch? Hunderttausende von Marken gehen für nie geleistete Umtauschgeschäfte an deutsche Großbanken statt, wie es dem Stiftungszweck entspricht, den Opfern zuzufließen.



Volare, oh, oh, lautet der Refrain eines italienischen Schlagers und der beschreibt das Gefühl zu fliegen und vom gleichen volare leitet sich der Finanzterminus volatil ab und der beschreibt eine Währung, die nicht einfach gerade ausfährt, sondern schon mal kräftig nach oben oder aber auch nach unten davon zieht. Hochvolatil ist der Zloty und das heißt: wenn ich mir diese Währung zum historischen Höchstkurs einkaufe, dann ist die Chance, durch Kurssturz richtig satt Geld zu verlieren, ziemlich hoch. Und so kommt es dann auch, der Zloty fällt und fällt und fällt und alle Beteiligten schauen zu.

Zwischendurch geht der Zloty 10 Prozent gegenüber dem Kaufkurs vom 12. Juni in den Keller, das entspricht einem Verlust von Stiftungsmitteln von 180 Millionen DM und das Unglaublichste: Die versammelten Stiftungsvorstände, die versammelten Bankmanager schauen zu und tun überhaupt nichts! Tapfer bewerten sie den Zloty in ihren Finanzberichten an das Kuratorium mit dem Stand von Juni. Dann muss man den Verlust nicht ausweisen. Gleichzeitig entwickeln sie eine pffiffige Idee, wie man dieses satte Missmanagement gar nicht zu bemerken, geschweige denn zu ahnen braucht. Wir drehen die zum historischen Höchstkurs und damit entschieden zu teuer gekauften Zloty einfach den

polnischen Opfer, an. Sollen die doch für den Kursverlust einstehen. Dann haben wir nicht bei uns 100 bis 180 Millionen Mark Schaden, sondern jedes polnische Opfer „nur“ 800 bis 2.000 DM Verlust. Gesagt, getan. Zum nicht mehr aktuellen Zloty-Kurs wird seitdem das Geld nach Polen transferiert.

Unter Polens Verfolgten herrscht nackte Empörung. Und für diese Empörung haben unsere Stiftungsmanager ein Kompromisszuckerchen entwickelt namens Zinsgewinn. Die überflüssigerweise gekauften Zloty liegen nämlich auf Zloty-Konten und weil der Zloty, wie wir gelernt haben, hochvolatil ist, muss man Anlegern auf solchen Konten mehr Zinsen zahlen als

Anlegern in deutscher Mark, nämlich 9 bis 14 Prozent. Die Differenz zum deutschen Zinssatz, also 4 bis 9 Prozent will man jetzt großzügigerweise den polnischen Opfern oben drauf legen. Das Ganze hat nur einen Haken: Der Zloty ist volatil und wie die Deutsche Bank auf ihren Internetseiten fast monatlich zum Besten gibt, der Zloty bleibt volatil. Kann also gut sein, dass die Zinsdifferenz durch einen weiteren Kurssturz der polnischen Währung aufgefressen wird.

Was ist zu tun: Die Rolle der Banken muss aufgedeckt werden. Alle Unterlagen gehören auf den Tisch. Haben die Banken tatsächlich trotz laufender Warnung ihrer Analyseabteilung vor einem Kurssturz des Zloty zum Umtausch von 1.325 Milliarden DM in die polnische Währung am Tag, als diese ihren historischen Höchststand erreichte, geraten, liegt ein krasser Beratungsfehler vor. Die Banken haben zu haften. Das gilt auch für die nicht erfolgte Absicherung des Zloty gegen Kursverluste. Stiftungsvorstand und Mitarbeiter Dreher jedoch müssen sich fragen lassen, warum sie nachweislich Banken, die nie einen Groschen getauscht haben, gigantische Umtauschprovisionen auszahlen. Und vielleicht hängen ja beide Fragen zusammen?

Die Berliner Staatsanwaltschaft hat ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Suche nach Nachweisdokumenten hat begonnen

Seit August diesen Jahres bilden Angestellte des Projekts Nachweisebeschaffung beim Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte und MitarbeiterInnen verschiedener Bundesbehörden in den Räumen des Bundesverbandes ein Team zur Nachweisebeschaffung für ehemalige NS-ZwangsarbeiterInnen. Durchschnittlich sind fünf MitarbeiterInnen der Behörden hier tätig. Momentan arbeiten Inge Bieschke, Ulrich Ottersbach und Guido Fischer vom Statistischen Bundesamt zusammen mit der Praktikantin, Britta Engel, und vom Projekt Turgay Can, Matthias Reinert, Martina Allisat und Andreas Plake zusammen in der Nachweisebeschaffung.

Im Frühsommer wurde angefragt, welche MitarbeiterInnen von Behörden es sich vorstellen können für ein bis zwei Jahre im Archivprojekt zur Nachweisebeschaffung für ehemalige ZwangsarbeiterInnen zu arbeiten. Daraufhin haben sich Guido Fischer und Ulrich Ottersbach kurzentschlossen gemeldet: „Hier kann man konkret etwas tun für die, die damals verfolgt wurden.“ war eine wichtige Motivation neben der Abwechslung, die die Arbeit hier bietet. Das gilt auch für Inge Bieschke, die vor zwei Monaten

zum Team kam. Sie bearbeiten die Anfragen auf Nachweise, indem sie versuchen, die angegebenen Städtenamen heutigen Städten zuzuordnen. Das ist häufig schwierig, da es die Städte nicht mehr als eigenständige Orte gibt. Ein weiteres Problem ist, dass der angegebene Name zwar das entsprechende Lager aber nicht die Ortschaft, zu der es gehörte, bezeichnete. Oft sind die Namen falsch geschrieben. Das passiert, weil sich die ehemaligen ZwangsarbeiterInnen nicht an die genaue Schreib- oder Sprechweise erinnern. Um trotzdem die Städte zuordnen zu können, sind eigene Computer-Programme entwickelt worden. Mit denen können ähnliche Ortsnamen gesucht werden oder sie erlauben sogar eine phonetische Suche. Angaben, wie z.B. „in Bayern“ oder „am Rhein“ können in unklaren Fällen das Finden erleichtern. In den Arbeitsräumen des Projekts hängen für diese Aufgabe außerdem Karten aus der NS-Zeit neben denen von heute an den Wänden. „Eine Viertelstunde kann man schon manchmal für die Suche nach dem angegebenen Ort brauchen und dann wieder hat man nach 30 Sekunden Erfolg“ kommentiert Guido Fischer. Dann kann der



von rechts: Matthias Reinert, Turgay Can, Inge Bieschke, Guido Fischer und Ulrich Ottersbach

Ein wichtiges Urteil zum Rentenrecht

Das Sozialgericht Düsseldorf hat unter dem Aktenzeichen S 15 RJ 242/98 ein wichtiges Urteil gefällt:

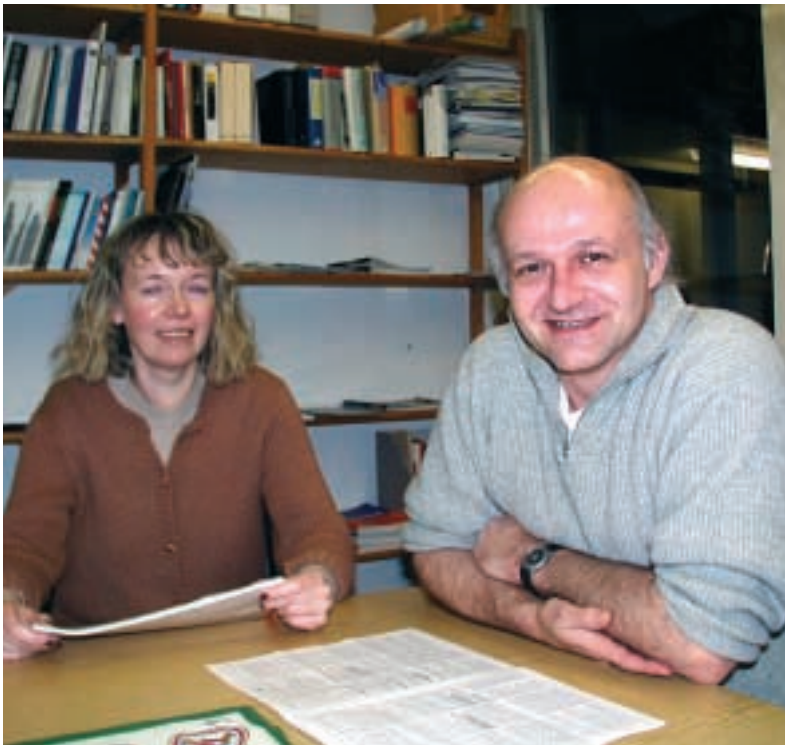
Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern aus der Sowjetunion wird die Möglichkeit eröffnet, für die Zeit von 1941 bis 1944 nachträglich Rentenbeiträge zu entrichten. Dieser Weg war bisher nicht eröffnet, da sich die Rententräger auf Rechtsgrundlagen aus der Zeit des nationalsozialistischen Terrors beriefen, nachdem die sogenannten OstarbeiterInnen nicht zur Rentenkasse zugelassen waren.

In einer sehr ausführlichen, von tiefem Geschichtsverständnis geprägten Begründung argumentiert das entscheidende Gericht:

Es sei eben nicht möglich, dass die Rententräger sich auf Gesetze berufen, die zur Zeit des Nazi-Regimes geschaffen worden seien. Das ganze Rechtssystem der Nazi-Herrschaft habe auf Diskriminierung, Unterjochung und Vernichtung basiert. Um diese Ideologie, auch gewaltsam, durchzusetzen, seien die entsprechenden Gesetze geschaffen worden. Solche menschenunwürdigen und menschenverachtenden Gesetze könnten aber in einem freiheitlich-demokratischen Staat wie der Bundesrepublik Deutschland nicht als Rechtsgrundlage für eine Entscheidung, die den Zugang zur Rentenkasse regelt, betrachtet werden. Solche Gesetze seien nichtig. Auch unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung nach Art. 3 Grundgesetz müssten alle Menschen, die zur Zeit des Nazi-Regimes im „Arbeitseinsatz“ tätig gewesen seien, zur Rentenkasse zugelassen werden.

Das Urteil ist rechtskräftig.

Das Gericht weist im Übrigen darauf hin, dass Entschädigungsansprüche wegen NS-Zwangsarbeit von dieser Entscheidung nicht betroffen seien.



Inge Bieschke am Recherche-Computer
Links: Martina Allisat und Andreas Plake

Antrag elektronisch an die Koordinierungsstellen der Bundesländer weitergeleitet werden.

Britta Engel arbeitet als Praktikantin bei der Archivrecherche. Sie arbeitet momentan daran die historische Kreisanteile und die historischen Ortsnamen den heutigen zuzuordnen, dadurch wird die Zuteilung der Anfragen zu bestimmten Archiven erleichtert.

Das in „überleben 1“ schon einmal vorgestellte Archivprojekt hat seine Arbeit im August 2001 aufgenommen.

Innerhalb dieser online-Zusammenarbeit hat der Internationale Suchdienst in Arolsen seitdem etwa 130.000 Anfragen der Partnerorganisationen der Stiftung zur Weiterbearbeitung dem Verteilzentrum übergeben. Dieses hat die Aufgabe die Anfragen nach Bundesländern zu sortieren. Online haben dann die Koordinierungsstellen der Länder Zugriff auf die Anfragen und weisen sie den lokalen Archive zu. Wenn das geschehen ist, können die entsprechenden lokalen Archive die Anfragen einsehen und bear-

beiten. Haben sie für einen Antrag einen Nachweis gefunden, können sie das direkt in das Computerprogramm eingeben, so dass dann die Partnerorganisationen unmittelbar Zugriff auf das Ergebnis haben. Durch dieses Computerprogramm und die damit verbundene online-Zusammenarbeit müssen keine Briefe zwischen den einzelnen Archiven hin und her geschickt werden, sondern in dem Moment, in dem eine Stelle des Projekts ihre Arbeit getan hat, kann die nächste das Ergebnis sofort einsehen und weiter bearbeiten. Die Folge davon ist, dass durch die Vermeidung von Postwegen die ehemaligen ZwangsarbeiterInnen wesentlich schneller ihren Nachweis bekommen können.

Beim Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte arbeitet das Verteilzentrum.

Den ersten positiven Bescheid gab es am 4. Oktober 2001. Bei Redaktionsschluss sind es über 400 Anträge, für die Nachweise beschafft werden konnten. Leider mussten die lokalen Archive auch knapp 1.000 Anträge negativ bescheiden, da sie keine Nachweise finden konnten.



Absender

Vorname, Name

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Land

Sehr geehrte Damen und Herren,
hiermit stelle ich einen Antrag auf Entschädigung an die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“.

Ort, Datum, _____

Unterschrift _____

Bitte bestätigen Sie mir den Empfang dieses Schreibens

Bitte freimachen

An die
**Stiftung „Erinnerung,
Verantwortung und Zukunft“**
Markgrafenstraße 12-14
10969 Berlin